

1474 1J

27. Sep. 2007

# Anfrage

des Abgeordneten Walter Schopf und GenossInnen

an den Bundesminister für Inneres, Herrn Günther Platter

Mit 1. Jänner 2008 tritt die tschechische Republik dem Schengen-Raum bei. In diesem Zuge kommt es auch zu personellen Änderungen beim Polizeikommando Freistadt und damit verbundenen Versetzungen bzw. der notwendigen Klärung weiterer Aufgabengebiete der betroffenen BeamtInnen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

## Anfrage:

- 1.) Mit Schengen-Beitritt der tschechischen Republik ab 1. Jänner 2008 ändert sich der Aufgabenbereich der GPI Leopoldschlag und der GPI Wulowitz. In welchem fachlichen Bereich werden die betroffenen BeamtInnen ab diesem Zeitpunkt eingesetzt bzw. sind damit auch Versetzungen in andere Dienststellen verbunden?
- 2.) Welche personellen Vorkehrungen werden getroffen, um Schleierfahndungen im Grenzraum sicherzustellen?
- 3.) Während der Zeit der EM 2008 wird das Schengen-Abkommen zur tschechischen Republik ausgesetzt, eine Grenzüberwachung wie bis dato wird also wieder erforderlich. Welche Verwendung finden die BeamtInnen in der Zwischenzeit (also zwischen 1. Jänner 2008 und der EM 2008)?
- 4.) Durch die Grenzöffnung zur tschechischen Republik ist nicht nur das Verkehrsaufkommen auf neuralgischen Straßen im Bezirk (B 310, B 124 und B 38) gestiegen, sondern auch die Kriminalitätsrate. Welche Vorkehrungen – vor allem personeller Natur – werden dahingehend getroffen, um den entsprechenden Dienststellen (PI Freistadt, PI Sandl und PI Pregarten) eine effiziente Aufgabendurchführung zu erledigen? Gibt es die Absicht, personeller Umschichtungen zwischen den GPI's und den oben angeführten PI's?
- 5.) Die PI Pregarten ist mit 13 Dienstposten in Bezug auf ihr Einzugsgebiet (18.000 Einwohner) und auf Grund der Verkehrsdichte in diesem Gebiet deutlich unterbesetzt. Bei gleich hohem Unfallaufkommen im Bereich der API Neumarkt mit 23 Bediensteten erweist sich die PI Pregarten als unterbesetzt. Gibt es Absichten zur Aufsystemisierung, wie von der örtlichen Personalvertretung gefordert?
- 6.) In einer Umfrage unter 89 Bediensteten durch die Personalvertretung äußerten von 83 retournierten Rückmeldungen mehr als 50 BeamtInnen Wünsche zu einer Weiterbeschäftigung im Bezirk. Wird auf diese Vorstellungen eingegangen, und in welcher Form liegen Absichten dazu auf?
- 7.) In einer Forderung der Personalvertretung wird die Schaffung einer Ausgleichsmaßnahmenstelle in Leopoldschlag gefordert um einerseits den Wegfall der GPI zu kompensieren und um gleichzeitig dringend notwendige Unterstützungsmaßnahmen für die

umliegenden Dienststellen bzw. Ämter und Behörden (z.B. Alarmfahndungen) durchführen zu können. Wie stehen Sie zu diesen Forderungen bzw. in welcher Art und Weise kann dieser Vorschlag realisiert werden?

8.) Werden Sie die Möglichkeit nutzen, um nach Wegfall der Schengen-Grenze bestehendes Personal im Bezirk weiterzubeschäftigen um dem gestiegenen Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung zu tragen (mehr Präsenz der Polizei)?

Andreas Füll

Stefan Kuf

Indulger

Bauer

Paul

Stefan Rodbauer